

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 1

Ausgegeben am 5. April 1918

36. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Japans Absichten in Ostsibirien.

Von Heinrich Cunow.

Wer in den letzten Wochen die Meldungen der Tagespresse über ein bevorstehendes Eingreifen Japans in Ostsibirien verfolgte, stieß auf ein buntes Gewirr sich widersprechender Mitteilungen und Beurteilungen: ein Durcheinander, das nicht nur deutlich bewies, wie abhängig noch immer ein großer Teil der deutschen Blätter von der tendenziösen Mache des englischen Zeitungsdienstes ist, sondern auch, in welcher erstaunlichem Maße selbst heute noch die politischen Einrichtungen und Parteiverhältnisse des Landes der aufgehenden Sonne in der deutschen Zeitungswelt unbekannt sind. Fast konnte man sich wieder in die ersten Tage nach dem Kriegsausbruch versetzt glauben, als große deutsche und österreichische Zeitungen einen baldigen Anschluß Japans an die Mittelmächte prophezeiten — naive Phantasien, die alsbald durch das japanische Ultimatum vom 19. August 1914 und die Truppenerpedition nach Kiautschou grausam zerstört wurden.

In Nr. 23 der Neuen Zeit (vom 8. März) hat Genosse Dr. Quessel in einem instruktiven Artikel über die auswärtige Politik Japans während der ersten drei Kriegsjahre die Bedeutung der am 26. April 1915 von Japan an China gestellten Forderungen und den russisch-japanischen Vertrag vom 3. Juli 1916 gekennzeichnet. Durchweg vermag ich mich seiner Beurteilung dieser Vorgänge anzuschließen; dagegen scheint es mir nicht richtig, wenn er in dem sogenannten Ischii-Vertrag vom November 1917 einen tatsächlichen »Ausgleich« zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika sieht und, von dieser Annahme ausgehend, folgert, daß die von Japan geplante Besitzergreifung der russisch-ostasiatischen Küstenprovinzen im Einverständnis mit Uncle Sam erfolgt, wozu die von Deutschland gegenüber Rußland befolgte Kriegspolitik wesentlich beigetragen haben soll. Meines Erachtens hat Genosse Quessel sich in diesem Punkt entschieden zu sehr durch die Darstellung gewisser freisinniger, auf ein zukünftiges Bündnis Deutschlands mit Rußland gegen England hinarbeitender Blätter beeinflussen lassen, die trotz ihrer Anglophobie selbstamerweise nicht erkennen, wie sehr die Reuterschen Meldungen über das Einverständnis der Entente mit der sogenannten »sibirischen Intervention« Japans englischen Beschwichtigungsversuchen entstammen und wahrscheinlich im englischen Auswärtigen Amt fabriziert sind. Weder ist die japanisch-imperialistische Politik so einfach, noch so gradlinig, wie in den Zeitungsaufstellungen dieser Presse unterstellt wird. Sie hat vielmehr, seit Rußland sich immer mehr innerlich zersetzt und dadurch selbst in Ostasien ausschaltete, eine bemerkenswerte Schwenkung vollzogen, die kaum auf die inneren Beziehungen Amerikas zur Entente ohne Rücksicht- und Wirkung bleiben kann. Freilich nur eine faktische Schwenkung; das

alte Ziel ist geblieben und wird mit bewundernswerter Konsequenz weiterverfolgt. Dieses Ziel besteht in möglichster Ausdehnung des japanischen Gebiets — und wenn man ohne Voreingenommenheit die Lage des Mikadoreichs betrachtet, muß man zugeben, daß, falls Japan eine Weltmachtrolle spielen will, es dringend der Ausweitung seines allzu kärglich bemessenen Lebensraums bedarf. Auf einer Fläche von 382 415 Quadratkilometern (ohne Korea, Formosa und Pescadores-Inseln) leben ungefähr 52 Millionen Menschen; Japan ist also stärker bevölkert als das deutsche Reichsgebiet, und doch ist das Mikadoreich noch immer ein kleinbürgerlicher Agrarstaat (64 Prozent der Bevölkerung leben auf dem flachen Lande), und zwar ein Staat, der trotz der außerordentlichen Genügsamkeit seiner Bewohnerschaft nicht imstande ist, diese mit den nötigsten Bodenerzeugnissen zu versorgen. Japan war vor dem Kriege gezwungen, alljährlich für 80 bis 100 Millionen Mark wichtige vegetabilische Nahrungsmittel aus dem Ausland zu beziehen. Selbst an Reis, dem Hauptprodukt seiner Landwirtschaft und Hauptnahrungsmittel seiner Bevölkerung, mußte es ansehnliche Mengen hinzukaufen (im Jahre 1913 für 54 Millionen Mark). Daher vermag es seine Wirtschaftslage nur zu verbessern, wenn es in größerem Maße zur industriellen Produktion übergeht und die erzeugten Waren ausführt. Dazu fehlen dem japanischen Inselreich jedoch wieder die nötigen natürlichen Vorbedingungen. Sein Reichthum an besseren Kohlenarten und Erzen ist verhältnismäßig gering, nur Kupfer wird in größerer Menge gewonnen. Es muß also Erze und Kohlen einführen; und ebenso fehlen ihm Baumwolle und Wolle, Die usw.

Aus dieser Lage folgern die maßgebenden politischen Kreise Japans, die japanische Nationalwirtschaft müsse verkümmern, wenn es ihm nicht gelänge, sich Gebiete anzueignen, die reichere Naturschätze, vor allem Kohlen und Eisenerze, enthalten. Fast alle Politiker Japans sind Imperialisten. Den Status quo wollen weder Fortschrittler noch Konservative aufrechterhalten. Fraglich erscheint ihnen nur, wo die Annexion am besten einsetzt und wie, das heißt unter welchen Rücksichten auf die Machtkonstellation der fremden Großmächte, sie am besten durchgeführt wird. Während früher die Anschauung überwog, Japan müsse »Inselpolitik« treiben, das heißt ein Inselstaat bleiben und sich zunächst im Süden neue Inselgebiete (besonders die Philippinen) sowie nötigenfalls einen Teil der südkinesischen Küstengebiete (Fukien und Kwantung) angliedern, richtet sich seit etwa zwei Jahrzehnten das Bestreben in steigendem Maße darauf, Japan zu einer großen Kontinentalmacht zu machen, also außer Korea auch die südlichen ostasiatischen Küstengebiete Rußlands und die östliche Mandschurei zu annektieren, wodurch das Japanische Meer zu einem großen japanischen Binnengewässer würde.

Daß Japan dabei auf energischen Widerstand Rußlands und der Vereinigten Staaten stoßen wird, hat man sich in Tokio nie verhehlt — daher die mit allen Mitteln betriebenen fortgesetzten Rüstungen. Zunächst sah man den Hauptgegner in Rußland; seit aber die amerikanische Regierung nach dem Chinesisch-Japanischen Krieg 1894/95 beim Friedensvertrag von Schimonoseki gegen die japanischen Forderungen auf die Liautung-Halbinsel intrigierte, ohne Rücksicht auf Japans Ansprüche 1898 die Hawai-Inseln annektierte, sich in dem mit Spanien prozodierten Kriege Guams und der Philippinen bemächtigte und dann zur Sicherung seiner Herrschaft im nördlichen Teil des Stillen Ozeans, des großen Mittelmeers der Zukunft, den Panamakanal

ausbaute, worauf während des jetzigen Krieges die Erwerbung der Dänisch-Westindischen Inseln folgte, steht es für die imperialistischen Politiker Japans fest, daß Japan den Kampf um seine Herrschaft in den ostasiatischen Gewässern und seine zukünftige Weltmachtsstellung vor allem mit den Yankees auszusechten haben wird. Rußland wurde zum Gegner zweiter, dritter Ordnung. Doch vergaß Japan über die Vorbereitung auf den Kampf mit der Nordamerikanischen Union nicht seine Interessen auf dem seinem Inselreich gegenüberliegenden asiatischen Festland. Da Rußland sich größere Teile der Mandschurei und Koreas anzugliedern suchte, schloß Japan 1902 mit England ein Bündnis zur Aufrechterhaltung des Status quo in der Mandschurei und griff dann, nachdem es im Stillen alle Rüstungen getroffen, 1904 Rußland an, das sich im Frieden von Portsmouth (New Hampshire) zur Herausgabe der südlichen Hälfte der Insel Sachalin, zur Übertragung seiner Pachtrechte auf Port Arthur und das Südennde der Liautung-Halbinsel (Kwantung mit Dalny) an Japan sowie zur Anerkennung der japanischen Vorherrschaft in Korea verstehen mußte. Außerdem erhielt Japan gewisse Anrechte auf den südlichen Teil der ostchinesischen Bahn und Fischereigerichtsame an der sibirischen Küste — aber trotz seiner schlechten finanziellen Lage keine Kriegskostenentschädigung.

Der Sieg Japans ist damals vielfach als großes Kulturereignis gefeiert worden, als ein Sieg des Fortschritts über russische Unkultur und als Bürgschaft einer beginnenden Friedensära im fernen Osten, einer Periode des politischen Zusammenwirkens Japans mit England und der Nordamerikanischen Union. Auch unsere Parteipresse nahm an diesem Rausch unter Führung des »Vormärts« und, wie zugegeben werden muß, der Neuen Zeit reichlichen Anteil. Sie bezog ihre Ansichten aus den großen liberalen Blättern, die wieder die ganze Sachlage durch die Interessenbrille der englischen Handelspresse sahen. Als das Gerede gar zu bunt wurde, habe ich damals durch verschiedene Zeitungsartikel — auch durch den Artikel »Ostasiatische Probleme« im Jahrgang 1905/06, 1. Band der Neuen Zeit — der Verkenning der aus dem Russisch-Japanischen Krieg sich ergebenden ostasiatischen Wirtschafts- und Rivalitätsverhältnisse entgegenzuwirken versucht. Bezüglich der angeblichen Lösung des ostasiatischen Rivalitätskonflikts schrieb ich (Neue Zeit, 1905/06, 1. Band, S. 391):

Die Erhöhung der Machtstellung Japans in Ostasien bedeutet durchaus keine Lösung, sondern, wie sich nur zu bald herausstellen dürfte, eine Verschärfung des ostasiatischen Konflikts, eine Zuspitzung der bestehenden Handels- und Macht rivalität im fernen Osten. Die Frage der Beherrschung der ostasiatischen Meere und damit zugleich der nördlichen Hälfte des Stillen Ozeans wird durch den Sieg der japanischen Waffen nicht vereinfacht, sondern kompliziert, da Japan als ein neuer, größte Berücksichtigung heischender Faktor in die politische Konstellation eintritt. Allerdings, solange die Nordamerikanische Union durch den Panamakanal die Verbindung zwischen ihren östlichen und westlichen Häfen noch nicht hergestellt, solange sie die Philippinen noch nicht zu einem durchaus sicheren Stützpunkt für große Flottenoperationen umgeschaffen hat, wird sie die Entscheidung der Frage wenn irgend möglich hinauszuschieben suchen. Seit dem Japanisch-Chinesischen Krieg befolgt die amerikanische Diplomatie die Taktik, bei allen Streitfällen in Ostasien die kapitalistischen Interessen der Mächte gegeneinander auszuspielen und keine ein allzu großes Übergewicht gewinnen zu lassen. Deshalb auch die ziemlich offene Parteinahme der amerikanisch-imperialistischen Presse für

Rußland, als im letzten Krieg die japanischen Heere immer tiefer in die Mandchurei eindrangen. Uncle Sam hat die Bedeutung des »Meeres der Zukunft« für die fernere internationale Wirtschaftsgestaltung längst erkannt und daraus die Folgerung gezogen, daß die Souveränität über den Stillen Ozean vom »Union Jack« auf die »Stars and Stripes« übergehen muß. Der Russisch-Japanische Krieg war nur erst ein Vorspiel zum großen Kampf im Osten. Das eigentliche Drama beginnt später.

Die seitdem verlaufene Zeit hat zwar die Artikel in allen Teilen bekräftigt; die Behauptung, sie hätten irgendwelche nennenswerte Beachtung gefunden, wage ich aber nicht auszusprechen. Gegen die von England ausgehende Japonomanie war damals ebenso schwer anzukämpfen wie vorher gegen den Burenkrieg oder heute gegen die seltsamen Ansichten über den Gang der russischen Revolution.

Daß tatsächlich der japanische Sieg die politische Spannung in Ostasien nur vergrößerte, dafür lieferten alsbald nicht nur die verstärkten Rüstungen Japans, sondern auch sein Vorgehen gegen Korea den besten Beweis. Nachdem Japan unter geschickter Ausnutzung der dem Jarenregiment durch die russische Revolution erwachsenen Schwierigkeiten Rußland im Juli 1907 zur vertragsmäßigen Anerkennung des Rechtes der japanischen Regierung gezwungen hatte, nicht nur die auswärtige Politik Koreas zu leiten, sondern auch die koreanische Landesverwaltung und Befehlsgebung unter Aufsicht des japanischen Generalresidenten zu stellen, ging es alsbald an die Angliederung Koreas. Das koreanische Gerichtswesen wurde völlig japanisiert und in Korea eine starke japanische Besatzungsarmee stationiert. Und als dann in Korea ein Aufstand ausbrach und Marquis Ito Hirobumi durch Mörderhand fiel, übernahm Marschall Terautschi, der jetzige japanische Ministerpräsident, die Generalresidentur und annektierte im August 1910 das gesamte koreanische Gebiet, das nun als Provinz »Chosen« dem Mikadoreich eingegliedert wurde.

In Zeitungsartikeln wird häufig behauptet, daß die Haltung, die die deutsche Diplomatie früher zu diesen imperialistischen Bestrebungen Japans eingenommen hat, die Schuld an dem gespannten Verhältnis trägt, das schon vor dem Weltkrieg zwischen Deutschland und Japan bestand. Hätte Deutschland nicht, so heißt es, bei den Friedensverhandlungen von Schimonoseki und später in Portsmouth Rußlands und Amerikas Haltung unterstützt, hätte es nicht das Spiel der Washingtoner Regierung begünstigt, Japan um die erwartete Kriegsschädigung zu bringen, so würde sich 1914 bei Ausbruch des Weltkriegs nicht Japan der Entente angeschlossen haben. Daß Deutschlands Haltung in Japan verstimmt hat, kann gewiß nicht bestritten werden; aber den eigentlichen Intriganten gegen Japans Interessen hat man im Mikadoreich stets in Uncle Sam, besonders in Roosevelt gesehen. Bekanntlich kam es sogar nach dem Frieden von Portsmouth in verschiedenen japanischen Städten zu großen gegen die Vereinigten Staaten gerichteten Straßendemonstrationen, die die Abdankung des Kabinetts Katsura, die Abberufung des der Washingtoner Regierung allzu energischen Botschafters Aoki, seine Ersetzung durch Takahira und das Erscheinen eines amerikanischen Gegen-demonstrationsgeschwaders in den japanischen Gewässern zur Folge hatten. Was Japan im August 1914 zum Anschluß an die Entente bestimmte, war nicht bloße Verstimmung über Deutschlands Stellungnahme zu den ostasiatischen Machtfragen, auch nicht bloße Bündnispflichten, denn der am 13. Juli

1911 mit England abgeschlossene Vertrag verpflichtete es nur dann zur Unterstützung Englands, wenn dieses angegriffen und seine Interessen in Indien und Ostasien bedroht wurden; den eigentlichen Anlaß bildete vielmehr Deutschlands Besitzergreifung von Kiautschou, die von Japan von vornherein als eine Störung seiner Absichten, als ein Hindernis seiner Kontinentalpolitik empfunden worden ist. Man sah gewissermaßen — dafür lassen sich nicht nur aus den großen unter englischem Einfluß stehenden japanischen Blättern Tokios, wie der »Asahi« und »Jiji«, sondern auch aus den offiziellen Blättern, wie zum Beispiel der »Kokumin Shimbun« und dem »Sin-Nipon«, zahlreiche Belege beibringen — in Deutschland einen neuen Machtkonkurrenten, und sich dieses Konkurrenten zu entledigen, dazu bot der ausbrechende Weltkrieg eine günstige Gelegenheit. Für jeden, der nur einigermaßen die politischen Verhältnisse Ostasiens kennt, war es deshalb nach Kriegsausbruch ganz selbstverständlich, daß Japan nach Kiautschou gehen werde. Wenn große deutsche Blätter damals von einer Art Koalition zwischen Deutschland und Japan phantasierten, so zeugt das von einer politischen Naivität, die fast noch die des Fürsten Lichnowski übertrifft.

Japan eroberte Kiautschou und benutzte die Schwäche Chinas, sich der wichtigen Gebiete der Provinz Schantung zu bemächtigen. Zugleich suchte es, da der Krieg seinen Handel größtenteils von der deutschen, englischen und französischen Konkurrenz befreit hatte, seinen Absatzmarkt auszuweiten und durch Lieferung von Munition an die Entente seine ungünstige Finanzlage aufzubessern. Das gelang ihm vorzüglich. 1913 hatte Japans Einfuhr seine Ausfuhr noch um ungefähr 15 Prozent überstiegen, 1914 hielten sich jedoch Einfuhr und Ausfuhr mit rund 590 Millionen Yen (1 Yen in normalen Zeiten gleich 2,09 Mark) schon das Gleichgewicht, und 1915 stellte sich bereits der Export auf 708 Millionen Yen, während die Einfuhr auf 532 Millionen Yen sank. Dazu kamen beträchtliche Waffen- und Munitionslieferungen an die Entente. Nach den Erklärungen des japanischen Kriegsministeriums vor dem Parlament am 13. Dezember 1915 bezifferte sich schon damals die für Kriegsmaterial eingekommene Summe auf 80 Millionen Yen.

Diese Erfolge befriedigten jedoch den imperialistischen Drang Japans nicht. Sie reizten nur seinen Appétit. So stellte es denn an China jene Forderungen, die Genosse Quessel in seinem erwähnten Aufsatz so klar dargelegt hat. Doch wieder scheiterten diese Pläne an dem Widerspruch der Vereinigten Staaten von Amerika. Japan hielt es — mehr aus wirtschaftlichen als aus militärischen Gründen — für ratsam, es nicht zu einem kriegerischen Konflikt mit der Union kommen zu lassen; es verzichtete auf den größten Teil seiner Forderungen. Das Auftreten der amerikanischen Regierung steigerte jedoch nur den Haß gegen das Yankeeum und veranlaßte die damalige Okumasche Regierung, sich nach einem Bundesgenossen gegen die amerikanischen Ansprüche umzusehen. In Betracht kam unter den gegebenen Umständen nur Rußland. Schon im Juni 1915 tauchten in einem Teil der japanischen Presse Artikel auf, die die Nützlichkeit einer russisch-japanischen Annäherung erwogen, und diesen ausgestreckten Fühlern folgten alsbald gleichartige Äußerungen der offiziellen Presse, darunter auch des »Sin-Nipon«, des Organs des Premierministers Okuma, der offen ein Bündnis mit Rußland befürwortete, das »zur Lösung der komplizierten Fragen in China und im Stillen Ozean sowohl vorteilhaft als

n o t w e n d i g« sei. Der japanische Botschafter in Petersburg, Baron Motono, knüpfte mit der russischen Regierung Bündnisverhandlungen an, und nach anfänglichem Widerstreben des russischen Ministeriums kam endlich im Juni 1916 jener gegen die nordamerikanische Chinapolitik gerichtete Bündnisvertrag zwischen Japan und China zustande, den jüngst die »Izemesija« veröffentlicht hat. (Vergl. über das Nähere Quessels Artikel, S. 535 bis 537.)

Der Abschluß des Vertrags wurde in Tokio durch Bankette und große Gartennachtfeste mit Lampionsbeleuchtung und Feuerwerk gefeiert; in der japanischen Beamtenhierarchie, vornehmlich dem Genroin (dem Würdenträgersehat) und seiner imperialistischen Gefolgschaft war man aber mit der lauen Haltung, die das Okumasche Kabinett, vornehmlich der Außenminister Baron Kato, gegenüber England und dessen Werbung um die Gunst der Washingtoner Regierung eingenommen hatte, wenig zufrieden. Das Okumasche Kabinett wurde gestürzt, Graf Schigenobu Okuma unter Umständen entlassen, die fast einem Hinauswurf gleichen, und zum Ministerpräsidenten der Marschall Teraultsch berufen, der Eroberer Formosas und Koreas, ein energischer Mann, der, wenn er auch ein guter Kenner Europas ist — er hat seine Ausbildung in Frankreich erfahren und war 1882 bis 1885 japanischer Militärattache in Paris —, sich doch als strenger Nationalist erwiesen hat, der nur ein Ziel kennt: die Erhebung Japans zur herrschenden Weltmacht im Stillen Ozean. Zum Minister des Auswärtigen erkor sich Teraultsch den gleichgesinnten japanischen Botschafter in Petersburg Motono, zum Marineminister den Viceadmiral Tomosabura Kato (nicht zu verwechseln mit dem anglophilen Minister Kato des Okumaschen Kabinetts), den eifrigen Agitator für den Ausbau der japanischen Kriegsflotte, den man den japanischen Tirpitz nennen kann.

Das nächste Ziel Teraultschs war, sich durch Auflösung des japanischen Parlaments eine gefügige Mehrheit zu verschaffen und die Rüstungen zu vervollständigen. Dagegen besorgte er gegen Amerika ein zwar entschiedenes, aber im ganzen recht maßvolles Auftreten, das zunächst fast auffällig erschien, hinterher aber dadurch seine Erklärung gefunden hat, daß das japanische Ministerium, wie immer durch seine Gesandten und Spione vorzüglich unterrichtet, schon im Januar 1917 zu der Ansicht gelangt war, die Vereinigten Staaten würden der Entente beitreten — und Amerika dieses Vorhaben zu vermeiden, verspürte man in Tokio keine Neigung. Wohl war man dort der Ansicht, daß die Washingtoner Regierung sich nicht allein zugunsten Englands am Krieg beteilige, sondern in der Kriegslage eine günstige Gelegenheit sähe, um militärische Maßnahmen durchzudrücken, die in Friedenszeiten niemals vom amerikanischen Kongreß bewilligt werden würden, doch andererseits hoffte man, Uncle Sam würde durch die Verhältnisse immer tiefer in den Strudel des Weltkriegs hineingezogen werden, und dann, wenn er sich stark genug engagiert hätte, könnte die Zeit kommen, wo Japan auf seine Ausdehnungspläne mit Erfolg zurückgreifen dürfe. Als dann Wilson Deutschland tatsächlich den Krieg erklärte, mußte Japan die Lage geschickt dahin aus, daß es der Washingtoner Regierung zu verstehen gab, es würde Amerika keine Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn dieses sich zu gewissen Zugeständnissen in Ostasien verstände. Durch Vermittlung des japanischen Botschafters Ichii kam denn auch tatsächlich Anfang November ein Abkommen zustande, das

Japan gewisse Rechte in China einräumt. Über den genauen Inhalt des Vertrags ist allerdings bisher nichts Genaueres bekannt geworden. Als ziemlich sicher kann nur gelten, daß die Washingtoner Regierung sich mit dem Übergang aller Pachtrechte und Konzessionen, die Deutschland bisher in Schantung besaß, auf Japan einverstanden erklärt hat.

Ganz unrichtig ist es aber, aus diesen Abmachungen zu folgern, beide Mächte wären zu einem Ausgleich gekommen, und gar anzunehmen, dieser sogenannte Ausgleich könne Bestand haben. Japan hat einfach die Verlegenheiten Amerikas benutzt, sich vorläufig gegen die Zusicherung seines Wohlverhaltens gewisse Zugeständnisse in Ostasien machen zu lassen. Daß diese letztere Auffassung richtig ist, beweist seine jetzige Absicht, sich in Ostibirien festzusetzen; denn darauf läuft das ganze Verede von der Intervention Japans zur Niederhaltung der bolschewistischen Umtriebe und der deutschen Machenschaften in Sibirien hinaus.

Man beurteilt in Japan, das ergibt sich deutlich aus allen Meldungen russischer und englischer Blätter, das russische Chaos und die sich voraussichtlich aus diesem in den nächsten Jahren für die europäischen Machtverhältnisse ergebenden Resultate ganz anders wie meist in Deutschland. Während man hier vielfach noch heute mit einem baldigen Wiedererstarken Rußlands und einem Wiederanschluß der sich jetzt abzweigenden Staatsengebilde an den russischen Hauptkörper rechnet, war man in den politisch führenden Kreisen Japans, wo man Rußland besser kennt, schon im Juni 1917 ziemlich allgemein zu der Ansicht gelangt, das große russische Reich gehe der Auflösung entgegen, die Selbstständigkeitsbestrebungen der sogenannten Fremdvölker würden immer breiteren Boden gewinnen und eine Parteiherrschaft die andere ablösen, so daß auf viele Jahre hinaus mit Rußland als einem wirklichen Machtfaktor der europäischen Politik nicht mehr zu rechnen sei. Bereits im Mai und Juni des vorigen Jahres wurde in den großen Blättern Tokios von Rußland nur noch als einem »dem Tode Geweihten«, der »Auflösung Entgegengehenden«, dem »inneren Zersehungsprozeß Verfallenen« gesprochen. Jetzt scheint diese Auffassung in Japan Allgemeingut geworden zu sein. Eben deshalb aber glaubt man nicht mehr daran, in den nächsten Jahren nach dem Friedensschluß noch irgendwelche ernsthafte Unterstützung bei Rußland gegen den amerikanischen Imperialismus finden zu können, vielmehr hält man die Zeit für gekommen, auf Kosten des »Todgeweihten« dessen wertvollsten ostibirischen Besitz zu annektieren und endlich Japan tatsächlich zu einer Kontinentalmacht zu machen. Das ist der Sinn der sogenannten japanischen »Intervention in Sibirien«. Das Verede von den Greueln der Bolschewiki und dem zunehmenden Einfluß der Deutschen in Sibirien dient nur der Bemäntelung der schönen Absichten. Wie wenig man in Japan noch auf die Fähigkeit Rußlands zu wirksamer Unterstützung rechnet, zeigt am besten, daß der Hauptstreiber zur Annexion der ostibirischen Küstengebiete jener frühere Botschafter Motono ist, der 1916 den japanisch-russischen Bündnisvertrag zustande gebracht hat.

Der Entente kommen in ihrer jetzigen Lage diese Annexionspläne ihres japanischen Verbündeten höchst ungelegen. Am wenigsten hat Frankreich dagegen einzuwenden. Es hat in Ostibirien und der Mandchurei nur geringe Interessen, und seine Freundschaft für Rußland ist erloschen. Es würde den Japanern gerne ganz Ostibirien überlassen, wenn diese sich am Kampf in Eu-

ropa betelligen wollten. Dagegen will man in Washington von einer Besetzung der ostsibirischen Küstengebiete durch japanische Truppen nichts wissen; denn man weiß sehr wohl, daß diese Gebiete alsbald zu einem zweiten Korea würden und Japan, nachdem es sich dort festgesetzt hätte, nicht wieder herausgehen würde. Dadurch ist das Lloyd George'sche Kabinett in eine arge Verlegenheit gekommen: eine Tafsache, die in dem Eiertanz der großen englischen Blätter, ihren Beschwichigungsversuchen nach der einen und der anderen Seite, ihren Klagen über deutsch-russische Intrigen und ihren Selbstdementierungen in geradezu belustigender Weise zum Ausdruck kommt. Während die englische Diplomatie in Washington die geplante japanische Invasion als nötig zur Sicherung der englischen und amerikanischen Handelsbeziehungen, als eine vorübergehende Sicherheitsmaßnahme hinzustellen sucht, mahnt sie in Tokio von der beabsichtigten Expedition ab und rät, wenigstens die Besetzung auf das Gebiet von Wladiwostok zu beschränken und gewisse Garantien für eine spätere Räumung zu bieten. Dabei findet England nicht nur in der gegen das Kabinett Terautschis kämpfenden oppositionellen Parteigruppe, der aus der Okumaschen Schimpfopartei hervorgegangenen Nikken Doschi-kai, sondern auch bei einem Teil der eigenen Anhängererschaft Terautschis Unterstützung. Zwar gegen eine Ausdehnung des japanischen Besitzes hat man durchaus nichts einzuwenden; aber ein Teil der Politiker möchte die Besetzung hinausgeschoben wissen, bis sich Amerika mehr in den Weltkrieg verstrickt und dadurch seine Bewegungsfreiheit verloren hat, während ein anderer Teil befürchtet, ein Kampf mit der Union werde sofort die jetzige wirtschaftliche Hochkonjunktur Japans zu Fall bringen und dem großen Aufschwung des Handels und der Schifffahrt ein Ende machen. Es ist daher immerhin möglich, daß das jetzige japanische Kabinett vorläufig auf eine Ausführung seiner Pläne verzichtet — aber aufgeschoben ist in diesem Falle nicht aufgehoben. Von großem Einfluß auf die Entscheidung wird sicherlich das Resultat der Offensive an der deutschen Westfront sein.

Daraus ergibt sich auch, wie verkehrt die Argumentation gewisser freisinniger Blätter ist, durch die Begünstigung der Selbständigmachung der Völkerschaften des bisherigen Westrußlands und der daraus hervorgehenden Schwächung der russischen Machtstellung hätte Deutschland sich für alle Zeit der Gelegenheit beraubt, mit Japan zu einem Bündnis gegen die angelsächsischen Mächte zu gelangen. Diese Argumentation hätte nur dann eine gewisse Berechtigung, wenn tatsächlich der Ischii-Vertrag einen Ausgleich des japanisch-amerikanischen Interessengegensatzes darstellte und Japan bereit wäre, auf seine großen Expansionspläne in Ostasien zu verzichten. Die jetzigen Bestrebungen in Ostsibirien und der Mandchurei beweisen das Gegenteil. Eher kann man sagen, daß durch den Rückgang der russischen Macht Japan geradezu zu einem Bündnis mit Deutschland gedrängt wird; denn um seine Pläne durchzuführen, gebraucht es unbedingt einen starken Rückhalt, und vermag ihm Rußland diesen nicht zu bieten, bleibt ihm nur ein Bündnis mit Deutschland übrig. Darüber, daß jede solche Bündnispolitik auf dem Prinzip des »Do ut des« beruht, täuscht man sich gerade in Japan am allerwenigsten; freilich, darüber sollte man sich auch in Deutschland klar sein, zu einer Wiederabtrefung der deutschen Rechte auf Kiautschou und Schantung wird sich Japan schwerlich jemals einlassen.